

18. SEP



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 698 690

P/XIV/204 - 10. September 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Fernsehen und Zeitung lesen ! Vertreter von 20 Millionen Lesern diskutieren "heiße Eisen" Von Fritz Heine	73
3	Demokratischer Sozialismus und katholischer Glaube Zum Treffen der Sozialistischen Bodensee-Internationale Von Willi Eichler, Mitglied des Parteivorstandes	38
4	Griechischer Besuch in Belgrad Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	45
5	Außenpolitik - Brennpunkt im britischen Wahlkampf Um die Aktivierung der Entspannungspolitik in Europa	55
6	Städtesorgen Kehrseite des Wirtschaftswunders	52

* * * *
* * *

Fernsehen und Zeitung lesen!

Von Fritz Heine

Wird das berühmte Fräulein Lieschen Müller in den nächsten Jahren Abend für Abend vor der Fernsehtruhe sitzen und weniger Zeitungen und Bücher lesen? Welchen Einfluss wird die wachsende europäische Zusammenarbeit auf die Lebensgewohnheiten des Einzelnen besonders in bezug auf die Massenkommunikationsmittel haben?

Fast hundert Verleger und Chefredakteure der demokratisch-sozialistischen Presse aus acht Nationen haben sich in diesen Tagen in Göteborg getroffen, um Antworten auf diese - und andere - Fragen zu suchen. Ihre Zusammenkunft war umso bedeutungsvoller, als die von ihnen betreuten mehr als 20 Millionen Leser eine der grössten geschlossenen Gruppe darstellen, die es heute vom Standpunkt der Lesergemeinschaft aus in der Welt gibt.

Wir werden in Europa vermutlich die gleiche Entwicklung durchmachen, die sich in USA mit den jetzt 14 Jahren Fernseh-Erfahrung vollzogen hat: eine rasch wachsende Fernsehgemeinde, die in wenigen Jahren 80 bis 90 Prozent aller Bewohner umfasst. Grosses und noch steigendes Interesse für Vieles, was dieses neue und Millionen faszinierende Unterhaltungs- und Informationsmittel mit all seinen technischen und finanziellen Möglichkeiten zu bieten hat.

Dann einige Jahre der Konsolidierung, die dem Fernsehen seinen festen Platz im Lebensbereich des Menschen von heute sichern. Und schliesslich, mit Sättigung und Ernüchterung, ein gewisses Nachlassen des Interesses.

In USA hat dieser Teil der Entwicklung bereits voll eingesetzt. Die Erkenntnis von der Begrenztheit dieses Mediums, seiner notwendigerweise häufig oberflächlichen und auf die Dauer langweilenden Darbietungen haben in Amerika zu einem Sinken der Fernsehsucht geführt, das vor allem auch in der geringer werdenden Wirkung der Werbesendungen resultiert, - mit dem Ergebnis, dass die Neigung der Industrie erheblich nachlässt, die Fernsehkosten durch ihre Werbung zu zahlen.

Auf der Göteborg-Tagung der IFGW (Internationale Föderation der sozialistischen und demokratischen Presse) wurden, inmitten einer Fülle von Statistiken, zwei Zahlen bekannt, die ein besonders bezeichnende

Schlaglicht auf die so unterschiedlichen Eigenheiten von Zeitung und Fernsehen werfen. Eine wissenschaftlich geführte Meinungsbefragung hat ergeben: 61 Prozent aller Hausfrauen lehnen die vor allem in USA so umfangreiche Werbung im Fernsehen als störend rundweg ab. Gleichzeitig aber befürworten 92 Prozent aller Hausfrauen das Erscheinen von Anzeigen in den Tageszeitungen. Dieser Gegensatz: gegen Werbung im Fernsehen, für Werbung in der Zeitung ist durchaus nicht unlogisch, er zeigt nur sehr deutlich die unterschiedlichen Aufgaben und Möglichkeiten dieser beiden Publikationstechniken und erlaubt Einblick in die Hausfrauenwünsche.

Die neuen Informations- und Unterhaltungsmittel: Fernsehen, Funk und Film werden die traditionellen: Zeitung, Zeitschrift, Buch nicht ersetzen, sondern ergänzen. Das ist das Fazit, das offenbar aus der seitherigen Entwicklung im Weltmaßstab zu ziehen ist. Steigende Bevölkerungszahlen, steigendes Interesse an Information und Unterhaltung auch durch Verminderung der Analphabetenzahl, schaffen genug Raum für alle Publikationstechniken.

Dass die traditionsbewährten Nachrichten- und Unterhaltungsmittel bei diesem freundschaftlichen Wettbewerb um Leser und Hörer den geänderten Lebensgewohnheiten auch durch Umgestaltung und Anpassung Rechnung tragen, dafür ist ein Blick in die Zeitung von heute - verglichen mit der vor 10 oder 50 oder 100 Jahren - der beste Beweis. Sie informiert konzentrierter und umfassender zugleich als früher; sie interessiert sich für viel mehr Lebens- und Tätigkeitsbereiche; sie kommentiert knapper und präziser; sie illustriert und benutzt zum Teil die Farbwirkung und sie ist wesentlich schneller und umfangreicher als das Blatt, das Väter und Grossväter lasen.

In Göteborg wurde aber auch besonders deutlich, dass der Leser von heute unvergleichlich höhere Anforderungen an sein Blatt stellt, als je zuvor. Er will umfassende Hintergrundinformation und Berichterstattung in seiner Zeitung über das finden, was ihm Funk und Fernsehen bereits in Kurzform sagten. Er will, da wir ja heute in einer Käuferwelt leben, von seiner Zeitung unterrichtet werden über das Wichtigste dessen, was produziert wird und ihm vielleicht zum Kaufen reizen könnte. Und er will, verständlicherweise, möglichst aus erster Hand wissen, was wo geschieht.

All das setzt vielseitige erprobte Organisation, weltweite Verflechtung mit allen wesentlichen Quellen und eine unerschöpfliche Hingabe an den Beruf des Zeitungsgestalters voraus. Klage einer der Referenten der Göteborger Tagung: "Die bedauernswertesten Frauen der Welt sind die Frauen von Chefredakteuren, denn ihre Männer sind weit mehr mit der Zeitung verheiratet als mit ihnen."

Demokratischer Sozialismus und katholischer Glaube

Von Willi Eichler,
Mitglied des Parteivorstandes

Die Sozialistische Bodensee-Internationale ist keine feste Organisation, sondern eine lose Arbeitsgemeinschaft, der die Sozialdemokratischen Parteien der Schweiz, Österreichs und der Bundesrepublik angehören. Sie treffen sich gelegentlich zur Erörterung gemeinsam interessierender politischer, wirtschaftlicher und kultureller Fragen.

Alle drei Parteien haben in jüngster Zeit neue Programme ausgearbeitet oder schon verabschiedet. Bei dieser programmatischen Neugestaltung haben sie auch das Verhältnis des demokratischen Sozialismus zu den christlichen Kirchen neu durchdacht und darüber bestimmte Grundsätze entwickelt. Es ist noch in aller Erinnerung, daß im Januar des vorigen Jahres die Katholische Akademie in Bayern zu einem Gespräch zwischen katholischen Geistlichen und Laien und sozialdemokratischen Politikern eingeladen hatte. Dieses Gespräch hat einen großen Widerhall gefunden und wurde sowohl in der katholischen als auch in der übrigen Presse mit außerordentlichem Wohlwollen behandelt. Was aber noch wichtiger ist: die Gesprächspartner selbst empfanden den Wert solcher Diskussionen und wünschten, sie möglichst bald fortzusetzen.

Am 12. und 13. September soll dieser Wunsch erfüllt werden. Und zwar wird diesmal von der Sozialistischen Bodensee-Internationale eine Tagung veranstaltet über das Thema "Demokratischer Sozialismus und Katholischer Glaube". Als Redner werden dort sein Dr. Benedikt Kautzky von der Sozialistischen Partei Österreichs und der Jesuitenpater Oskar Simmel aus München. An die Reden sollen sich ausführliche Diskussionen in Arbeitsgemeinschaften anschließen und, wenn möglich, eine gemeinsame Stellungnahme erarbeitet werden. Die deutschen Sozialdemokraten werden durch eine starke Abordnung unter der Führung Waldemar von Knoeringens vertreten sein.

Die Veranstaltung verspricht schon darum besonders aufschlußreich zu werden, weil das Verhältnis der Sozialdemokratischen Parteien der drei beteiligten Länder zur katholischen Kirche durchaus nicht das gleiche ist, obwohl die politischen Bedingungen heute in den drei Ländern einander in wesentlichen Dingen ähneln. In offener Aussprache sollen Ursachen von Spannungen und Möglichkeiten ihrer Überwindung erörtert werden. Die verschiedenen Erfahrungen der Gesprächsteilnehmer werden dabei wertvolle Anregungen geben. Das Ziel dieser Veranstaltung ist nicht nur, die geistige Klärung fortzusetzen, sondern auch eine gemeinsame Politik entwickeln zu helfen, die einem mitmenschlichen Zusammenleben in der demokratischen Gesellschaft dient.

Griechischer Besuch in Belgrad

Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Führte man in Belgrad eine Statistik der diesjährigen Begegnungen jugoslawischer Staatsmänner mit ausländischen Politikern, ständen zweifellos die Griechen an erster Stelle. Der Begegnung des jugoslawischen Staatschefs Tito mit Premier Caramanlis auf Rhodos im März und dem im Juni stattgefundenen Aufenthalt des jugoslawischen Außenministers Popovic in Athen folgt jetzt der Besuch des griechischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Canellopoulos in Belgrad.

Diese Reihe von Begegnungen beweist, daß es trotz der Unterschiede in den politischen und gesellschaftlichen Systemen der beiden Länder recht gut um die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten bestellt zu sein scheint. Das von Ostblock isolierte Jugoslawien und das in der Zeit vor der Zypern-Lösung gleichfalls in keiner allzu beneidenswerten Situation sich befindende Griechenland haben sich eine Reihe von Jahren hindurch gegenseitige Unterstützung gewährt. Athen half, den ideologisch-irredentistischen Druck Bulgariens und Albaniens in der Mazedonien- und Kosmetfrage zu neutralisieren. Belgrad revanchierte sich in der Bevorzugung Athens vor Ankara, was die Zypern-Frage anbelangte, machte jedoch noch darüber hinaus einige rücksichtsvolle Gesten gegenüber seinem südlichen Nachbarn. Man nahm zu der Frage der möglichen "Raketisierung" Griechenlands bisher fast gar keine Stellung und beschränkte sich, was den von den kommunistischen Ostblockstaaten heftig angeforderten Prozeß gegen Manolis Glezos betrifft, nur das verkündete Urteil bekanntzugeben.

Trotzdem kommt dem gegenwärtigen Besuch des griechischen Vizepremiere mehr als nur ein demonstrativer Wert einer nur noch zu unterstreichenden, bereits bestehenden Freundschaft zu. Es gibt einige Sorgen, die nicht so sehr im politischen als vielmehr im wirtschaftlichen Bereich liegen.

Jugoslawien hatte bislang in Griechenland einen recht guten Markt für seine Industriewaren und darüber hinaus einen positiven Zahlungsbilanzsaldo. Nachdem Griechenland jedoch Ende Juli assoziiertes Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft geworden ist, könnte dies unter Umständen auch Folgen für die jugoslawisch-griechischen Handelsbeziehungen haben. Belgrad beobachtet nicht nur in diesem spezifischen Falle mit einiger Besorgnis die wirtschaftliche Integration Europas. Nur allzu leicht könnte es bei der Fortsetzung dieses Prozesses geschehen, daß Jugoslawien, das aus dem Ostblock bereits seit langen ausgegliedert ist, auch innerhalb der Wirtschaftswelt Westeuropas in eine ungünstige Ausgangsposition gerät.

Dieser Schatten liegt auch über dem zukünftigen jugoslawisch-griechischen Verhältnis. Ob ihn der Besuch Canellopoulos wird beseitigen können, bleibt vorerst noch abzuwarten.

Aussenpolitik - Brennpunkt im britischen Wahlkampf

sp - Um einer künftigen Regierung freie Hand zu geben, hat der britische Premier Macmillan für Anfang Oktober Neuwahlen für das britische Unterhaus ausschreiben lassen. Der Wahltermin muss, sagte Macmillan, auch im Lichte der internationalen Weltituation gesehen werden. Die Welt stehe vor wichtigen internationalen Verhandlungen. Das Volk soll Gelegenheit haben, sobald wie möglich zu entscheiden, wer es bei diesen Verhandlungen vertreten soll. Das sind noble Worte und nur vom Geiste der britischen Fairness her zu verstehen. Bei uns in der Bundesrepublik hat sich ein anderer Brauch eingebürgert. Man dürfe, heisst es, vor und inmitten von grossen Verhandlungen nicht die Pferde wechseln und man geht sogar so weit, das Parlament auszuschalten, wenn Fragenkomplexe von internationaler Tragweite auf der Tagesordnung stehen. Die von Adenauer autoritär geführte Regierung scheut die öffentlichen Auseinandersetzungen im Parlament, sie flüchtet - wenn es schon gar nicht anders geht - in die Parlamentsausschüsse, wo sie gewiss sein kann, dass die hier geäusserte Kritik das Ohr einer weiten Öffentlichkeit nicht erreicht.

Die Aussenpolitik wird auch im britischen Wahlkampf eine beherrschende Rolle spielen. Die Labour-Party ist dafür gut gerüstet. Angriffsflächen bieten die Kolonialpolitik der konservativen Regierung - so liess sie es geschehen, dass in Kenia und in angrenzenden Gebieten sich beinahe halbfaschistische Zustände entwickelten - ihr schmähhches und ruhmloses Verhalten im Suez-Konflikt, der mit der grössten moralischen Niederlage Grossbritanniens seit vielen Jahren endete, und die schwankende, schillernde Haltung in der Frage militärisch verdünnter Zonen in Mitteleuropa.

Zwar zeigte sich Macmillan Gedanken wie denen, die dem Rapacki-Plan zugrunde liegen, nicht ganz verschlossen, aber wenn es zum Schwur kam, wie auf der letzten Genfer Konferenz, bewies die britische konservative Regierung wenig Rückgrat; sie wich vor dem Druck zurück, der von Bonn und Washington ausging. Hier wird die britische Labour-Party die Konservativen stellen und sie zu einer klaren Entscheidung zwingen. Gaitskell, der Führer der Labour-Party, und Bevan, der zukünftige Ausserminister einer britischen Labour-Regierung, kamen von ihrer Moskauer-Reise mit der Gewissheit zurück, dass die Vorschläge für eine Entspannungszone in Mitteleuropa, die man zunächst mit Geringschätzung abgetan hatte, beste Erfolgsaussichten haben, wenn dahinter der Wille und die Einsicht stehen, sie realistisch zu behandeln. Das hätte sich wohl der polnische Aussenminister Rapacki nicht träumen lassen, dass sein Plan, den er vor zwei Jahren in seinen Grundzügen zum ersten Mal in die weltpolitische Diskussion hineinwarf, nun zur harten Wahlauseinandersetzung in Grossbritannien werden würde.

Mitten während des Wahlkampfes fällt der Besuch des russischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in den Vereinigten Staaten und seine Begegnung mit Eisenhower. In den Gesprächen zwischen diesen beiden Schlüsselfiguren der Weltpolitik dürften die Möglichkeiten von regionalen und umfassenderen Abrüstungsabkommen als Grundlage für eine Atmosphäre des Vertrauens abgetastet werden. Die britischen Wahlen finden also vor dem Hintergrund einer sich in stürmischer Bewegung befindlichen Weltpolitik statt. Hier geht es auch um deutsche Fragen von lebenswichtiger Bedeutung. Dies allein müsste der Grund sein, die schon längst fällige aussenpolitische Debatte im Bundestag abzuhalten, um in ihr die deutsche Position fixieren zu lassen. Seit mehr als einem Jahr hat sich der Bundestag unter dem Einfluss und dem Druck der Regierungsmehrheit einer Abstinenz in der Behandlung aussenpolitischer Probleme befleissigt, die ihm nicht zum Ruhme gereicht. Wenn die Briten schon wählen lassen, um für die jetzt anbrechende Wende in der Weltpolitik besser gerüstet zu sein, sollte man dann nicht wenigstens bei uns debattieren dürfen?

Städtesorgen

mu. - Es ist bekannt, daß die Abwässerbeseitigung in der Bundesrepublik des deutschen Wirtschaftswunders unwürdig ist. Man weiß, daß die Gemeinden noch hunderte von Millionen aufwenden müssen, um biologische Kläranlagen zu bauen, damit die Flüsse, Seen und der Untergrund mit dem Grundwasser nicht weiterhin verseucht und zur Inanspruchnahme von Frischwasser vergiftet wird.

Die gleichen Sorgen haben die beim Finanzausgleich zu kurz gekommenen Städte aller Größen mit dem Müll. Seit 1948 wächst der Abfall an Papier, Lumpen, Altmaterial und Asche in unseren Städten um jährlich acht bis zehn Prozent an. Voraussichtlich werden die großen und mittelgroßen Städte des Bundesgebietes in diesem Jahr von ihren Einwohnern 45 Millionen Kubikmeter Müll entgegennehmen - eine Menge, womit man die Bundeshauptstadt Bonn mehrere Meter hoch zuschichten könnte. Dabei gibt es nur ganz wenige Städte, darunter einige, die über 500.000 Einwohner zählen, welche Müllverbrennungsanlagen besitzen. Aber auch in diesen ganz großen Städten sind die Anlagen nur imstande, einen Teil des anfallenden Mülls zu verbrennen und damit restlos zu beseitigen.

In den anderen Städten sieht es in der Tat übel aus. In den Vororten, zwischen Kleingärten oder Arme-Leute-Wohnungen gezwängt, türmen sich die Müllhalden auf und belästigen die ganze Umgegend mit ihrem Gestank. Krähen- oder Möwenschwärme sind ständiger Gast der üblen Halden. Im letzten Sommer gab es wohl in jeder der Städte mehrere Brände auf den Müllhalden, und die Feuerwehr mußte eingreifen. Manches Gesundheitsamt hat mit Nachdruck die Beseitigung des gefährlichen Herdes für Bakterienträger verlangt.

Bereits bei der Müllabfuhr beginnt die üble Angelegenheit. Hier und da gibt es im Bundesgebiet noch größere Städte, in denen die Bewohner ihren Müll in alten Eimern, Holzkisten oder Pappschachteln an den Straßenrand stellen. Die städtische Müllabfuhr oder die beauftragten privaten Fuhrunternehmen sammeln diese Behälter dann im Laufe des Tages ein. Vielerorts reichen die Mülltonnen auf dem Hof einfach nicht aus, weil der Hauswirt sich sträubt, weitere für den anwachsenden Abfall zu bestellen. Tut er das, so wird das ganze auf die Miete umgelegt. Es gibt keinen Altmaterialhändler mehr, der altes Papier kostenlos abnimmt, und auch Lumpen oder Alteisen sind kaum noch von dem Mieter in Kleinmengen an den Mann zu bringen.

Dabei schreibt eine hygienische Müllabfuhr vor, daß genügend dichtschießende Mülltonnen auf dem Hof stehen oder besser noch in ummauerte und abzuschließende Fächer hineingestellt werden. Weiter sollten diese Mülltonnen in staubdicht-schießende Trommelwagen der Müllabfuhr entleert werden können. Und schließlich wäre es notwendig, die Ascheimer zu säubern, indem kochendheißes Wasser unter hohem Druck hineingesprüht wird, damit die Bazillen vernichtet werden. Das alles wird jedenfalls von den Hygiene-Beamten der Gesundheitsämter verlangt.

Tatsächlich gibt es Mülltonnenwäscher aber nur in Hamburg, Berlin und Wiesbaden. Auch hier zeigt sich, daß hinter der Glanzfassade der wiederaufgebauten Städte eine große Leere im Stadtsäckel gähnt. Neben der Abwässerbeseitigung sind hunderte von Millionen Mark notwendig, um den Müll als Kehrseite des Wirtschaftswunders auf hygienische Weise zu beseitigen. Ob unsere Städte finanziell noch einmal in den Stand versetzt werden, diese Aufgabe im Interesse ihrer Bürger zügig zu lösen?

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel